

FOKUS SÜDAFRIKA



Auswirkungen der globalen Finanzkrise

Südafrika im Spagat zwischen Wirtschaftskrise und Wahlkampf

Nach der langen Boomphase der südafrikanischen Wirtschaft wird nun auch das Land am Kap von den Turbulenzen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise heimgesucht. Das Wirtschaftswachstum hat sich stark abgeschwächt. Exporte, Beschäftigung und Binnennachfrage sind zurückgegangen. Zwar plant die Übergangsregierung von Präsident Kgalema Motlanthe bis zu den Wahlen im April 2009 keine eiligen Interventionen. Das Zusammenfallen von Wirtschaftsabschwung und Wahlkampf zwingt die Parteien jedoch, sich klar zu positionieren. Erstmals hat der *African National Congress* (ANC) zudem ernstzunehmende Konkurrenz bekommen. Die neu gegründete Partei *Congress of the People* (COPE) legt erste Konzepte vor. Unternehmensverbände, Gewerkschaften und Medien nutzen den Vorwahlkampf, um Forderungen zu stellen.

„Die Zeiten haben sich dramatisch geändert. Die größten Herausforderungen für die kommende Regierung lauten mehr Gerechtigkeit, soziale Mobilität und Entwicklung.“

Kgalema Motlanthe
Präsident Südafrikas

Die momentane Situation

Nach mehr als neun Jahren ununterbrochenem Aufschwung zeigt sich derzeit ein klarer Abwärtstrend im südafrikanischen Wirtschaftswachstum. Im dritten Quartal des letzten Jahres wuchs die südafrikanische Volkswirtschaft nur noch um 0.2 Prozent.

Der größte Platinproduzent des Landes, *Lonmin*, beabsichtigt den Abbau von 1.500 Stellen in seinen Minen in der Provinz Limpopo. Wegen der weltweit sinkenden Nachfrage nach Autos und Luxus schmuck,



Oben: Platinwerk der Firma Lonmin
Unten: Lonmin-Arbeiter bauen Platin ab

aber auch dem Preisverfall sei dies unabwendbar, so das Unternehmen. Noch im Mai erzielte Platin auf den internationalen Märkten Rekordpreise. Das Statistische

Bundesamt Südafrikas, *Statistics South Africa* (SSA), verzeichnete im dritten Quartal einen Abbau von insgesamt 32.000 Stellen im Bergbausektor. „In der gesamten Sparte sind die Zahlen besorgniserregend,“ so Jaco Kleynhans von der Gewerkschaft *South African Trade Union Solidarity*.

Am sichtbarsten ist die Krise in der Automobilindustrie. „Im November letzten Jahres ist die Nachfrage nach Neuwagen um 35 Prozent gesunken,“ berichtet Brand Pretorius von *McCarthy*, der größten Autohandelskette Südafrikas, „mehr als 100 Niederlassungen mussten schließen, 1.600 Lizenzbetriebe mussten ihre Erwartungen zurückschrauben.“ Dabei hatte die Branche zuletzt Millionen in den Ausbau der Produktions- und Verkaufsstätten investiert. Nun steht sie vor Überkapazitäten. Auch *McCarthy* musste 300 Stellen bis zum Ende des Jahres abbauen. „Die Marktbedingungen bei Neu- und Gebrauchtwagen sehen wirklich schlecht aus. Das geht den anderen Unternehmen in der Branche genauso,“ so Pretorius. Insgesamt erwarten Analysten die Entlassung von insgesamt 5.000 Beschäftigten.

Bei den Banken sieht es ähnlich aus. Der dramatische Rückgang bei Darlehen für Bauherren zwingt auch *ABSA* und die *First National Bank* zum Personalabbau. Zwar machen sie vor allem die hohen Zinsen verantwortlich und kritisieren die neuen, strengeren Richtlinien des *National Credit Act*. Die internationalen Finanzmarkturbulenzen und die weiterhin rigide Fiskalpolitik der südafrikanischen Regierung bestärken sie jedoch in ihrer Skepsis und bei ihren Sicherheitsvorkehrungen. Immer mehr Autos und Immobilien wechseln derzeit den Besitzer, indem sie versteigert werden.

Vor allem der Bergbausektor, die verarbeitende Industrie und der Groß- und Einzelhandel sind von einer sinkenden Binnennachfrage betroffen. „Seit zweieinhalb Jahren hat die Nachfrage konstant abgenommen,“ so Tony Twine von der Unternehmensberatung *Econometrix*. Erstmals seit 1992 wird von einem dramatischen Rückgang des Verkaufsvolumens ausgegangen. „Nach Auswertung der offiziellen Statistiken befindet sich der Einzelhandel in einer Rezession,“ so Derek Engelbrecht von *Ernst & Young*, „er verzeichnete bereits seit zwei Quartalen einen Rückgang.“ Für das Jahr 2009 geht Engelbrecht von einem ähnlichen Trend aus.

Eine Frage der Verwundbarkeit

Die derzeitigen Einschätzungen über die mittel- und langfristige Verwundbarkeit der südafrikanischen Volkswirtschaft durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise liegen jedoch weit auseinander. Einige Experten gehen von einem abrupten Versiegen der Rohstoffnachfrage aus, das die südafrikanische Volkswirtschaft schwer treffen würde. So drohe nicht nur der Einbruch der Exporterlöse sondern auch eine langfristige Abschwächung des Binnenmarktes. Die derzeit niedrigen Ölpreise würden durch die volatile südafrikanische Währung *Rand* (ZAR) schnell wieder ausgeglichen.

Andere Experten sehen die Auswirkungen der Finanzkrise weniger dramatisch. „Ich gehe davon aus, dass die Nachfrage nach Rohstoffen – und das betrifft ja vor allem Volkswirtschaften wie Südafrika – nicht wirklich pausieren wird,“ so der Analyst Michael Power von Investec Asset Management, „der Dollar wird in den nächsten drei Jahren deutlich schwächer, die Rohstoffe für viele Käuferstaaten erschwinglicher und die Zinsen im Westen werden auf so niedrigem Level sein, dass wir vor einer noch rohstoffhungrigeren Dekade stehen werden.“ Power verweist vor allem auf die asiatischen Tigerstaaten, aber auch China und Indien. „Dort wird das Wirtschaftswachstum zwar auf etwa fünf bis sechs Prozent zurückgehen, doch die asiatischen Konsumenten wachen gerade erst auf.“ Im Dezember hat sich der südkoreanische Stahlgigant Posco mit 200 Millionen US-Dollar in eine Manganmine eingekauft, die indische GMR-Gruppe für 15 Millionen US-Dollar fünf Prozent der südafrikanischen Homeland Mining and Energy erworben, mit der Option für 155 Millionen US-Dollar weitere 45 Prozent zu erwerben.

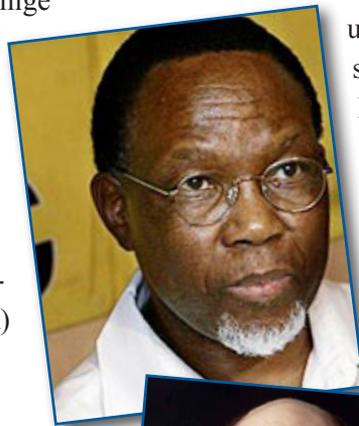
Verhalten der Regierung

Der südafrikanische Präsident Kgalema Motlanthe, der Thabo Mbeki nach dessen Rücktritt ins Amt

gefolgt ist, zeigte sich ob der aktuellen Lage besorgt. „Der Anstieg der Inflation und die damit verbundene Hausse der Zinsen sowie der relativ schwache Rand haben die südafrikanische Wirtschaft, aber vor allem die Armen der Gesellschaft, unter Druck gesetzt,“ so der

Präsident vor dem Nationalen Wirtschafts- und Arbeitsrat. „Erst die steigenden Preise für Nahrungsmittel- und Treibstoff im Frühjahr und schließlich die von den USA ausgehende Finanzkrise – sie haben unser Wachstums hart getroffen.“ Die derzeitige Wirtschaftspolitik sieht er einem ersten, echten Test ausgesetzt. „Die Zeiten haben sich dramatisch geändert,“ so Motlanthe, „und die größten Herausforderungen für die kommende Regierung bleiben mehr Gerechtigkeit, soziale Mobilität und Entwicklung.“

Motlanthe war erst im September als neuer Präsident vereidigt worden, nachdem Thabo Mbeki aufgrund interner Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungspartei *African National Congress* (ANC) zurückgetreten war. Zwar steht Motlanthe dem ANC-Vorsitzenden Jacob Zuma nahe, der dem linken Parteiflügel angehört, jedoch änderte er an der Besetzung des Finanzministeriums und der Südafrikanischen Zentralbank nichts. Schnelle Konjunkturprogramme oder Staatsinterventionen lehnt er ab.



* siehe unten

Dabei stehen Finanzminister Trevor Manuel und der Gouverneur der südafrikanischen Zentralbank Tito Mboweni für eine rigide Haushalts- und Finanzpolitik. Trotz hoher Arbeitslosigkeit, großer Ungleichheit und weit verbreiteter Armut halten beide eisern an Haushaltsdisziplin und Inflationsbekämpfung als Instrumente der Konjunkturförderung fest. Finanzminister Trevor Manuel gestand zwar ein, dass Südafrika von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen sei, „das Epizentrum liege jedoch nicht an unseren Küsten.“ Vor der Nationalversammlung erklärte er, dass „die

* V. o. n. u.: Kgalema Motlanthe (Präsident von Südafrika), Trevor Manuel (südafrikanischer Finanzminister), Tito Mboweni (Gouverneur der südafrikanischen Zentralbank)

wirtschaftlichen und sozialen Kosten einer aus dem Rahmen laufenden Hyperinflation oder Deflation, verursacht durch eine launische oder falsch verstandene Fiskalpolitik, nicht toleriert werden sollten.“ Er empfahl daher, statt der Aufweichung seiner Richtlinien, mehr zu exportieren und die Abhängigkeit von ausländischen Investitionen weiter zu verringern.

Zentralbank-Gouverneur Mboweni rechnet mit einer Verbesserung der Inflationsaussichten, mahnte die Politiker jedoch, von einem langsameren Wachstum auszugehen. Ende Dezember verkündete er die erste Senkung des Leitzinses seit dem Jahr 2005 - um einen halben Prozentpunkt auf 11,5 Prozent. Damit fügt sich Südafrika in den Kreis der globalen Zentralbanken ein, die über Zinssenkung die Revitalisierung der Wirtschaft versuchen. „Wir haben mehrere Szenarien durchgespielt,“ so Mboweni, „und jedes Mal sind wir zu einem Rückgang der Inflationsrate gekommen. Also bin ich mir diesmal ganz sicher, das Richtige getan zu haben.“ Die größte südafrikanische Bank ABSA begrüßte das Vorgehen. „Dadurch wird eine Menge Druck abgebaut,“ so Jacques Schindehutte, Finanzdirektor bei ABSA, „wenn die Zentralbank die Zinsen senkt, dann hilft das den Konsumenten.“ Zahlreiche Analysten und große Teile der Bevölkerung hätten sich jedoch mehr Großzügigkeit von Mboweni gewünscht.

Wahlkampf

Obwohl Südafrika unter Druck steht, spielt die globale Finanzkrise im Wahlkampf der politischen Parteien jedoch keine besondere Rolle. Im April 2009 finden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Die Regierungspartei *African National Congress* (ANC) hat ihr Wahlkampfmanifest bereits vorgelegt und stellt fünf Themen in den Vordergrund. Neben der Schaffung von sicheren Arbeitsplätzen verspricht die seit Ende der Apartheid an der Macht stehende Partei mehr Geld für Bildung, Gesundheit und ländliche Entwicklung sowie den Kampf gegen die hohe Kriminalität. Der ANC-Vorsitzende Jacob Zuma, der bereits zwischen 1999 und 2005

als Vize-Präsident amtierte und als Spitzenkandidat für das Amt des Präsidenten gilt, verspricht, vor allem sichere Arbeitsplätze schaffen zu wollen. Damit stellt er sich dem drängendsten Problem des Landes, das durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise noch akuter geworden ist. Denn in Südafrika liegt die Arbeitslosigkeit offiziell bei etwa 28 Prozent, inoffiziell wird jedoch von etwa 40 Prozent ausgegangen. Bei der Vorstellung des Wahlmanifestes sagte Zuma: „Im Zentrum unserer Wirtschaftspolitik steht die Schaffung von anständigen Arbeitsplätzen. Wir werden eine vom Staat geführte Industriepolitik initiieren, die öffentliche und private Investition

in die Schaffung von Arbeitsplätzen leitet und zu einer umfassenden Transformation unserer Volkswirtschaft beiträgt.“ Applaus erhielt er vor allem aus den linken Reihen des ANC, aber auch von den Alliierten aus der *Südafrikanischen Kommunistischen Partei* (SACP) und vom Dachverband der Südafrikanischen Gewerkschaften *Congress of South African Trade Unions* (COSATU). Zuma plant einen Entwicklungsstaat, der Interventionen zur Bekämpfung von Armut und zur Sicherung von Arbeitsplätzen vorsieht. Damit unterscheidet er sich einerseits von seinem Vorgänger im Amt des ANC-Vorsitzenden Thabo Mbeki, andererseits von der neu gegründeten Partei *Congress of the People* (COPE), die sich vor wenigen Monaten vom ANC abgespalten hat und eine unternehmensfreundlichere Politik verspricht, wie auch Präsident Thabo Mbeki sie vertrat. Zu den Initiatoren von COPE gehören der ehemalige Verteidigungsminister Mosiuoa Lekota und Mbhazima Shilowa, der ehemalige Provinz-

gouverneur von Gauteng, das die Wirtschaftsmetropole Johannesburg und den Regierungssitz Pretoria umfasst. COPE hat zwar noch kein Wahlkampfprogramm vorgelegt, inhaltlich verspricht die Partei jedoch vor allem ein Ende der ANC-Dominanz, von Korruption und Amtsmissbrauch. Sie kritisiert den ANC, „öffentliche Stellen als Belohnung für Parteizugehörigkeit“ missbraucht zu haben und fordert mehr Unabhängigkeit und Effizienz. Des Weiteren setzt COPE ebenfalls auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Bekämpfung der Armut und



Jacob Zuma,
ANC-Vorsitzender

als Vize-Präsident amtierte und als Spitzenkandidat für das Amt des Präsidenten gilt, verspricht, vor allem sichere Arbeitsplätze schaffen zu wollen. Damit stellt er sich dem drängendsten Problem des Landes, das durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise noch akuter geworden ist. Denn in Südafrika liegt die Arbeitslosigkeit offiziell bei etwa 28 Prozent, inoffiziell wird jedoch von etwa 40 Prozent ausgegangen. Bei der Vorstellung des Wahlmanifestes sagte Zuma: „Im Zentrum unserer Wirtschaftspolitik steht die Schaffung von anständigen Arbeitsplätzen. Wir werden eine vom Staat geführte Industriepolitik initiieren, die öffentliche und private Investition in die Schaffung von Arbeitsplätzen leitet und zu einer umfassenden Transformation unserer Volkswirtschaft beiträgt.“ Applaus erhielt er vor allem aus den linken Reihen des ANC, aber auch von den Alliierten aus der *Südafrikanischen Kommunistischen Partei* (SACP) und vom Dachverband der Südafrikanischen Gewerkschaften *Congress of South African Trade Unions* (COSATU). Zuma plant einen Entwicklungsstaat, der Interventionen zur Bekämpfung von Armut und zur Sicherung von Arbeitsplätzen vorsieht. Damit unterscheidet er sich einerseits von seinem Vorgänger im Amt des ANC-Vorsitzenden Thabo Mbeki, andererseits von der neu gegründeten Partei *Congress of the People* (COPE), die sich vor wenigen Monaten vom ANC abgespalten hat und eine unternehmensfreundlichere Politik verspricht, wie auch Präsident Thabo Mbeki sie vertrat. Zu den Initiatoren von COPE gehören der ehemalige Verteidigungsminister Mosiuoa Lekota und Mbhazima Shilowa, der ehemalige Provinz-

mehr Investitionen in das Bildungs- und Justizwesen. Bis zum 24. Januar soll ein eigenes Wahlkampfprogramm mit genaueren Details vorliegen. Derzeit ist die neue Partei vor allem mit ihrem Aufbau beschäftigt.

Die Forderungen COSATUs

Der linke Flügel des ANC und der *Congress of South African Trade Unions* (COSATU) fordern die Aufgabe der rigiden Haushaltspolitik und der strengen Fixierung auf die Inflationsbekämpfung. „Südafrika ist reif für eine neue Wirtschaftspolitik,“ so COSATU-Generalsekretär Zwelinzima Vavi, „alternative Strategien sind auf dem Vormarsch. Die alte Politik, die zwar Wachstum, aber keine Beschäftigung brachte, gehört der Vergangenheit an.“ Vavi fordert eine Diversifizierung der südafrikanischen Wirtschaft und den Aufbau einer arbeitsintensiven, verarbeitenden Industrie. „Die Abhängigkeit von Rohstoff-Exporten müsse endlich durchbrochen werden,“ so der COSATU-Generalsekretär.

Der ANC-Vorsitzende Jacob Zuma deutete zwar immer wieder ähnliche Absichten an, steht allerdings unter hohem Druck internationaler Investoren und südafrikanischer Unternehmen. Auch als Präsident Thabo Mbeki zurücktrat, drängte Zuma nicht auf einen Wechsel an der Spitze des Finanzministeriums oder der Zentralbank. Stattdessen beschlossen Übergangspräsident Kgalema Motlanthe und er, auf Kontinuität zu setzen. Eine aktuelle Studie des Südafrikanischen Instituts für Rassenbeziehungen, *South African Institute for Race Relations*, geht nicht von wesentlichen Veränderungen in der Wirtschaftspolitik nach den Wahlen aus. Sie verglich die Reden der wichtigsten ANC-Politiker, darunter Jacob Zuma, Kgalema Motlanthe, ANC-Generalsekretär Gwede Mantashe und ANC-Schatzmeister Ma-

thews Phose sowie der beiden COPE-Politiker Mosiuoa Lekota und Mbhazima Shilowa. Dabei konnte sie keine großen Unterschiede in Wirtschaftsfragen feststellen.



Zwelinzima Vavi,
COSATU-Generalsekretär

Entgegen einzelner Befürchtungen von Unternehmensverbänden, ein Linksruck innerhalb des ANC unter Zuma könnte die rigide Stabilitätspolitik der Schaffung von Arbeitsplätzen opfern und den Staat in den Bankrott führen, geht auch die Unternehmensberatung *Goldman Sachs* nicht von großen Veränderungen aus: „Die Wahlen und die Transformation des politischen Systems in Südafrika könnten zu einer der großen Überraschungen 2009 gehören. Insbesondere wenn Jacob Zuma, Führer des regierenden ANC und Spitzenkandidat bei den Wahlen, die Beobachter dahingehend überzeugen wird,

dass er genau so wie der einstige Gewerkschafter Lula da Silva in Brasilien regieren wird.“ *Goldman Sachs* kalkuliert also, dass Zuma nicht an den Grundfesten

des bisherigen Wachstumskurses rütteln wird.

Fazit

Doch trotz hausgemachter Probleme wie Energiekrise, unzureichender Ausbildung der meisten Südafrikaner, AIDS-Pandemie, hoher Kriminalität und verfallender Infrastruktur und den aktuellen Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise bewegt sich die südafrikanische Regierung nur wenig. Und auch im Wahlkampf gibt es noch keine hektischen Forderungen nach Konjunkturpaketen, kurzfristigen Interventionen oder einem Aufweichen der bisherigen Stabilitätspolitik. Wie der aussichtsreichste Kandidat für das Präsidentenamt Jacob Zuma mit den Herausforderungen der südafrikanischen Beschäftigungsproblematik umgehen wird, ist offen. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise bedeutet für Südafrika keine neuen Probleme, über die nicht auch in den vergangenen Jahren schon heftig gestritten wurde. ■



Impressum

FOKUS SÜDAFRIKA erscheint in loser Reihenfolge und wird von der *Friedrich-Ebert-Stiftung* Büro Südafrika herausgegeben und redaktionell gestaltet.

Im Rahmen ihres Arbeitsschwerpunktes Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die *Friedrich-Ebert-Stiftung* von Johannesburg aus den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Transformationsprozess in Südafrika mit dem Ziel, Demokratie und soziale Gerechtigkeit zu stärken.

Ziel des FES Fokus Südafrika sind aktuelle Hintergrundberichte und Analysen der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in Südafrika.

FOKUS SÜDAFRIKA wird kostenlos herausgegeben. Alle Ausgaben können auf unserer Homepage eingesehen werden: www.fes.org.za.

Redaktion: Jérôme Cholet
V.i.S.d.P.G.: Axel Schmidt
Gestaltung: Andreas Dorner

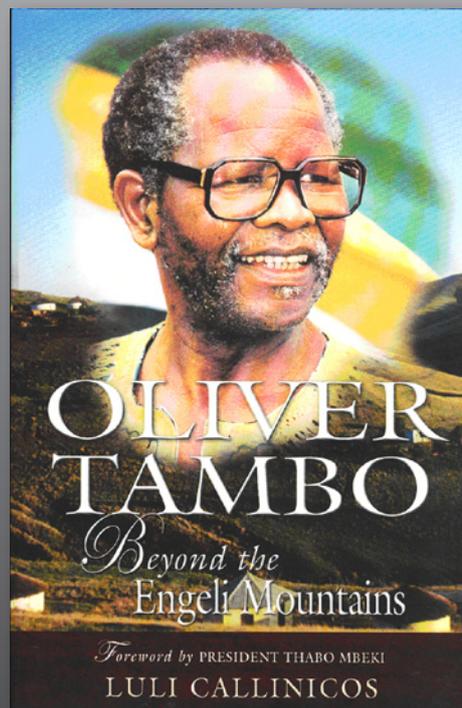
Friedrich-Ebert Stiftung
Büro Südafrika
34 Bompas Road, Dunkeld West
Johannesburg, Südafrika
P.O.Box 412664, Craighall 2024
Tel: +27(0) 11-341 0270
Fax: +27(0) 11-341 0271
E-Mail: fokus@fessa.co.za
Web: www.fes.org.za



Anzeige

Oliver Tambo
Luli Callinicos

Beyond
the
Engeli
Mountains



ISBN –86486-642-9
Cape Town - New Africa Books 2004, 672 p.
Supported by the
Friedrich Ebert Foundation - South Africa Office